

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/102

31. Mai 1977

Portugal braucht die Hilfe der EG

-----  
Neue Wege für politische Kooperation der EG sind nötig

Von Dr. Alfons Bayerl MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 1 / 24 Zeilen

Kriminalstatistik 1976

-----  
Ein dickes Lob für die Polizei in Bund und Ländern

Von Heinz Pensky MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Innere Sicherheit der SPD-Bundes-  
tagsfraktion

Seite 2 und 3 / 47 Zeilen

Das Bildungsangebot erhalten

-----  
Gesetzentwurf zur Kooperativen Schule berücksichtigt Dis-  
kussionsergebnisse

Von Jürgen Girgensohn  
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 4 und 5 / 53 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 50 20/30  
Telefax: 09 05 240-40 pppm d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 06 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Portugal braucht die Hilfe der EG  
-----

Neue Wege für politische Kooperation der EG sind nötig

Von Dr. Alfons Bayerl MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Wir brauchen neue Wege für die politische Kooperation der EG mit beitragswilligen Ländern.

Die wirtschaftliche Lage Portugals ist nach wie vor außerordentlich bedenklich. Portugal braucht rasch die Hilfe der Gemeinschaft. Das am 20. September 1976 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Handelsabkommen und das Finanzprotokoll waren ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Unverständlich ist es allerdings, daß bisher noch kein Mitgliedsland die Protokolle ratifiziert hat. Dies ist aber notwendig, um die im Zusatzprotokoll gesetzten Rahmenbedingungen, insbesondere für eine Zusammenarbeit auf industriellem, technologischem und finanziellem Gebiet, konkretisieren zu können.

Da die Voraussetzungen für einen alsbaldigen Beitritt Portugals, so rasch wie es politisch notwendig wäre, nicht geschaffen werden können, muß für die Zwischenzeit ein neuer Weg für die politische Zusammenarbeit gefunden werden. Ich werde im Europäischen Parlament vorschlagen, daß die EG mit Portugal ein Abkommen mit dem Ziel schließt, die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Portugal zu vertiefen und die Beschleunigung des Beitritts Portugals zur Gemeinschaft zu fördern. Zur Bekräftigung der politischen Zusammenarbeit soll in dem Abkommen Portugal schon vor seinem Beitritt die Teilnahme an der Konferenz der Außenminister der EG ermöglicht werden. Weiter ist im Abkommen ein gemeinsamer parlamentarischer Ausschuß zu vereinbaren.

Die europäische Gemeinschaft muß der portugiesischen Option für die Demokratie und für Europa mit neuen Wegen der politischen Kooperation begegnen. Dies ist für die politische Stabilität in Portugal ebenso unabdingbar wie es für die politische Integration Europas notwendig ist. (-/31.5.1977/ks/ja)

+ + +

**Kriminalstatistik 1976**  
-----

**Ein dickes Lob für die Polizei in Bund und Ländern**

**Von Heinz Pensky MdB**

**Obmann der Arbeitsgruppe Innere Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion**

Ladendiebe und Fahrradklauer müssen der CDU/CSU-Opposition mittlerweile dazu herhalten, weiter dem Bürger schwarze Visionen einer steigenden, allgegenwärtigen und über alle Maßen bedrohlichen Kriminalität zu zeichnen. Nur so kann man die reichlich verantwortungslosen Oppositionskommentare zur Vorlage der Kriminalstatistik 1976 durch Bundesinnenminister Prof. Werner Maihofer werten. Denn immerhin machen rund 75 Prozent der registrierten Gesamtstraftaten sogenannte Bagatelldelikte aus. Mit ihren Kassandrarufern stellen sich die Christdemokraten angesichts der vorgelegten Zahlen selber ein geistiges Armutszugnis aus.

Die weiter abflachende Kurve der Kriminalitätsentwicklung, der zum Teil deutliche Rückgang in einigen Bereichen sogenannter schwerwiegender Delikte (minus 10,3 Prozent bei Straßenraub) bestätigen die Richtigkeit der Bemühungen und der Investitionen der Bundesregierung und Koalitionsfraktion im Bereich der Inneren Sicherheit. Der Anstieg der Gesamtzahl der aufgeklärten Straftaten um 7,5 Prozent, die bemerkenswert hohe Aufklärungsquote im Bereich der Gewaltkriminalität (z.B. Totschlag 97,5 Prozent, Mord 92,8 Prozent, gefährliche und schwere Körperverletzung 85,8 Prozent) sprechen aber auch für eine hervorragende Arbeit der Strafverfolgungsbehörden. Der deutschen Polizei in Bund und Ländern muß daher einmal ein deutliches und dickes Lob ausgesprochen werden.

Aber auch dies muß gesagt werden: Während in den vielen Jahren der CDU/CSU-Regentschaft die Schere Straftaten und Aufklärung immer weiter auseinanderging,

ist heute klar erkennbar, daß der Trend genau umgekehrt läuft. Um im Bild zu bleiben: Die Schere beginnt sich wieder zu schließen. Im internationalen Vergleich steht die Bundesrepublik damit ganz ausgezeichnet. Auch im Vergleich mit Ländern wie USA und Großbritannien mit den legendären Einrichtungen der Verbrechensbekämpfung wie FBI und Scotland Yard.

Die Vorlage der Kriminalstatistik zeigt aber auch, daß Regierung und Gesetzgeber in einigen Teilbereichen ihre investiven (technisch bzw. personell) Anstrengungen erhöhen müssen. Hierzu zählen u.a. der Anstieg der Kinderkriminalität. In diesem Bereich müssen wir den Mut haben, neue unkonventionelle Wege zu gehen, um Reibungsverluste zwischen den beteiligten Institutionen wie Polizei, bzw. Jugend- und Sozialämter abzubauen. Das gleiche gilt für die Rauschgiftkriminalität, deren Zunahme um 17,8 Prozent erschreckend ist. Diese Zunahme ist einerseits auf eine verstärkte Dunkelfeldaufhellung, mithin Intensivierung von Polizeiarbeit zurückzuführen. Andererseits läßt die fortschreitende Organisierung des Rauschgifthandels durch Banden und Gruppen die Erfolgsaussichten der Polizei bei ihrer Bekämpfung weiter sinken. Auch hier müssen neue Wege und Mittel gefunden werden - notfalls sogar Lockerung der Strafprozeßordnung (Legalitätsprinzip), um erfolgversprechend in diese Gruppen eindringen zu können, um auch die Hintermänner zu fassen. Die rapide Zunahme von rund 30 Prozent bei Raubüberfällen auf Banken, Zahlstellen und Geschäfte läßt die gesetzliche Regelung zur Sicherung der Geldinstitute notwendig erscheinen.

Die Polizei tut ihr Möglichstes. Sie kann aber nicht jedem Geldinstitut quasi einen staatlichen Bewacher beordnen. Hier muß der Polizei gewissermaßen Flankenschutz durch technische Sicherungsmaßnahmen der Banken und Sparkassen zuteil werden. Notfalls muß dieser Flankenschutz gesetzlich verankert werden.

(-/31.5.1977/ks/ja)

+ + +

### Das Bildungsangebot erhalten

-----

Gesetzentwurf zur kooperativen Schule berücksichtigt Diskussionsergebnisse

Von Jürgen Girgensohn

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ernsthaftigkeit einer politischen Absicht zeigt sich an der Bereitschaft, auf sachliche Diskussionsbeiträge einzugehen. Die Fraktionen der SPD und FDP im Düsseldorfer Landtag haben aus der monatelangen Diskussion um die kooperative Schule jetzt all das aufgegriffen, was an ernst zu nehmenden rechtlichen und fachlichen Bedenken vorgebracht wurde.

Die wichtigste Änderung des Gesetzentwurfs bezieht sich auf eine weitere Stärkung des Elternrechts. Unmissverständlich legt das Gesetz fest, daß es die Erziehungsberechtigten sein werden, die nach Klasse 6 über den weiteren Bildungsgang eines Kindes entscheiden. Darüberhinaus ist vorgesehen, daß die Eltern "bei der Ein- und Umstufung des Schülers in die Fachleistungskurse" mitwirken. Auf diese Weise erhalten die Eltern bisher nicht gekannte Rechte bei der Gestaltung des Bildungswegs ihrer Kinder.

Weitere Änderungen beziehen sich auf die folgenden Punkte:

- Das Gesetz verdeutlicht jetzt stärker die Zielsetzung der kooperativen Schule. Sie wird dort eingerichtet, wo sie "zur Sicherung oder Erweiterung eines ortsnahen Bildungsangebots" oder zur Verbesserung der Bildung und Erziehungsarbeit" beiträgt.
- Die Erprobungsstufe wird auf die Hauptschule ausgedehnt. Damit wird eine größere Durchlässigkeit zwischen den Schulen der Sekundarstufe I hergestellt.
- Immer dann wenn die Schülerzahl ausreicht, wird der kooperativen Schule eine gymnasiale Oberstufe angegliedert. Damit wird sichergestellt, daß die kooperative Schule einen geschlossenen Bildungsgang bis hin zum Abitur anbietet.
- Die kooperative Schule wird höchstens achtzünftig sein.

In den kommenden Tagen wird sich zeigen, ob auch bei den Gegnern der kooperativen Schule die Bereitschaft zu einer sachlichen Auseinandersetzung vorhanden ist. Die Erfahrungen der letzten Tage geben allerdings wenig Anlaß zu einer solchen

Hoffnung. Einige Kommentatoren hatten es sehr eilig, die Änderungen schon als indiskutabel abzuqualifizieren, als sie noch gar nicht bekanntgegeben waren. Dies legt die Befürchtungen nahe, daß eine ernsthafte Sachdebatte nicht gewünscht wird, daß man es auf eine Machtprobe ankommen lassen will.

Das Bildungspolitische Problem, das zur Gesetzesinitiative der Koalitionsfraktionen geführt hat, ist mit einem sturen Nein allerdings nicht aus der Welt zu schaffen.

Seit Anfang der 60er Jahre ist in allen Ländern der Bundesrepublik das Bildungsangebot in den dünner besiedelten Teilen unseres Landes beträchtlich verbessert worden. Aufgrund des Geburtenrückgangs laufen wir jetzt Gefahr, in diesem Punkt wieder auf das unerfreuliche Niveau zurückzufallen, das für den Beginn der 60er Jahre charakteristisch war. Eine Realschule und ein Gymnasium können als selbständige Schulen nicht mehr erhalten bleiben, wenn sie kleiner als zweizügig werden. In einer kooperativen Schule dagegen sind sie auch mit einem Zug lebensfähig. Wenn in Zukunft entschieden werden muß zwischen Zentralisierung oder Ortsnähe von Realschulen und Gymnasien, so trete ich für die Ortsnähe und damit für Formen des Schulverbundes ein. Es ist mir lieber, in einer kooperativen Schule alle Bildungswege zu erhalten, als daß wir Eltern zwingen, ihre Kinder auf unzumutbar lange Wege zu schicken, wenn sie bestimmte Bildungsgänge wahrnehmen wollen.

Geht man von den Interessen der Schulträger aus, so stellt man schnell fest, daß von der tiefgreifenden Kontroverse zwischen den Parteien in dieser Sache nur sehr wenig übrig bleibt. Interesse der Schulträger ist es, das Bildungsangebot in ihrem Bereich aufrecht zu erhalten. Dies ist auch das Anliegen der kooperativen Schule.

(-/31.5.1977/kr/ja)

+ + +